

14. Beiblatt. Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 12. Mai 1948.

208/J

A n f r a g e

der Abg. Marianne P o l l a k, Dr. K o r e f, Dr. N e u g e b a u e r und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die österreichische Vertretung bei der Genfer Konferenz der Vereinten
Nationen für Nachrichten- und Pressefreiheit.

-.--.-.-

In Genf hat unter den Auspizien der Vereinten Nationen eine internationale
Konferenz über Meinungsfreiheit stattgefunden, auf welcher die Grundsätze der
Pressefreiheit und der Nachrichtengebung zur Diskussion standen.

Aus allen Ländern sind zu dieser Konferenz maßgebende Vertreter der öffent-
lichen Meinung, vor allem Vertreter der Presse delegiert worden. Österreich, das
in seiner Lage mehr als jedes andere Land Wert darauf legen müßte, sein Inter-
esse an der Geistesfreiheit und dem ungehinderten Austausch von Nachrichten
aus aller Welt zu bekunden, hat den ungewöhnlichen Weg eingeschlagen, unter Um-
gehung sowohl der Volksvertretung als aller Organisationen der öffentlichen
Meinung lediglich beamtete Regierungsvertreter zu dieser Konferenz zu entsen-
den. Bei aller Achtung vor der persönlichen Erfahrung der betreffenden Beamten
stammt diese Erfahrung doch lediglich aus dem Dienst eines/der Republik nicht
mehr bestehenden Nachrichtenapparates.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler
die nachstehende

A n f r a g e :

Was gedenkt der Herr Bundeskanzler zu tun, um sicherzustellen, daß bei
künftigen Anlässen vor einem internationalen Forum die in Österreich bestehen-
de Unabhängigkeit des Nachrichtenwesens von der Regierung und die volle Presse-
freiheit auch durch die entsprechende Auswahl der Delegierten zum Ausdruck kommt?

-.--.-.-